

# Dieser Witz trifft nicht

Zu: „Post von Elon“, FR-Feuilleton vom 4. Januar

Sollte dieser „Brief“ luschtig sein? Dann ist der Witz völlig danebengegangen. Sie stellen für Frau Weidel das Kabinett zusammen. Wenn Sie annehmen, die genannten Personen könnten sich darüber empören, dann irren Sie. Alle Genannten werden durch die Zuordnung zu diesem Gruselkabinett geädelt. Alle haben ihrer Demokratieachtung Ausdruck verliehen.

Herr Musk kennt die aufgelisteten Personen vermutlich nicht. Ist auch egal. Interessiert er sich für Deutschland? Wichtig wäre gewesen darzustellen, worin sich der finanzielle, ökonomische Gewinn für Herrn Musk auszahlt, sollte Weidel Kanzlerin werden. Aus dem Programm der AfD wäre dies herauszuarbeiten. Die Trias lautet: Steuersenkung, Deregulierung, Sozialabbau.

Ist der „Brief“ eine Satire? Dann empfehle ich die FR vom 3.1., Seite 24. Christian Lotz nennt es eine „verfehlte Strategie“, wenn die „Auflösung allen Inhalts in ästhetische Form“ erfolgt.

Ulrich Kamuf, Mühlheim a.M.

## Mehr Aufmerksamkeit für die AfD

Ich bin einigermaßen erstaunt und irritiert, dass die FR Elon Musk und Donald Trump so erheblichen „Raum“ gewähren. „Post von Elon, Ein garantiert nicht echter Brief von Musk an Alice Weidel“ – selbst wenn dieser „nicht echte“ Brief witzig gemeint sein soll, finde ich ihn fehl am Platze, denn diese erweiterte Fantasie zur Person Musk ist nicht informativ. Sie ist noch nicht mal witzig. Diese Fantasie bringt u.U. einige Menschen dazu, damit weiter zu jonglieren und somit, befürchte ich, wird dadurch der AfD noch mehr Aufmerksamkeit gegeben.

Anita Engel, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/musk

# Wer ist zuständig?

Zu: „Sicherheit für Offshore-Windparks“, FR-Wirtschaft v. 4.1.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe spricht im Zusammenhang mit der Sicherheit der Windparks vor Sabotage durch andere Staaten von Zuständigkeit. Zuständig sei der Betreiber. Diese Beamten-Denke in unserem hochbürokratisierten Land ist unerträglich. Sollte Russland angreifen, dürfte angesichts der anfliegenden Geschoss wohl die Flugsicherung und wegen der abgeschossenen Kugeln möglicherweise die kommunalen Umweltschutzbehörden gefordert sein. Geht es noch?

Was für Figuren leisten wir uns in den Behörden? Schon im Jurastudium lehrt man im Öffentlichen Recht, dass die Zuständigkeit der Dreh- und Angelpunkt bei uns ist, frei nach dem Motto, hoffentlich bin ich nicht zuständig. Dann ist die Sache erledigt.

Thomas Nestinger, Bad Honnef



## BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

**Schreiben Sie an:**  
Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Mailen Sie an:**  
Bronski@fr.de oder  
Forum@fr.de

Bitte geben Sie immer Ihre Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) publiziert werden kann. Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

## FORUM ONLINE

Alle Stimmen aus diesem Forum wurden online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie: [frblog.de/f20250113](http://frblog.de/f20250113) Dort können Sie Ihre Meinung auch selbst veröffentlichen.

## FR ERLEBEN

**Pitt von Bebenburg** diskutiert im Rahmen eines Abends der „HiN-Cineasten“ nach der Vorführung eines Überraschungsfilms über die Darstellung von Journalismus im Film. **Freitag, 17. Januar, 19.30 Uhr** Lutherkirche Martin-Luther-Platz 1 Frankfurt

**Stephan Hebel** lädt ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu politischen Themen. Livestream unter [fr.de/hebelsstunde](http://fr.de/hebelsstunde) **Donnerstag, 23.1., 19 Uhr** Club Voltaire Kleine Hochstraße 5 Frankfurt

**Stephan Hebel** moderiert die Diskussion zum Thema „Brauchen wir ein AfD-Verbot?“ Mit Michèle Winkler (Komitee für Grundrechte und Demokratie), Axel Schäfer (MdB, SPD) und anderen. **Freitag, 24. Januar, 19 Uhr** Kulturzentrum „Rotunde“ Am Kulturgleis 3-5, Bochum

**Claus-Jürgen Göpfert** spricht mit dem neuen Hoffnungsträger der Linken, dem sächsischen Landtagsabgeordneten Nam Duy Nguyen. **Donnerstag, 30.1., 19 Uhr** Club Voltaire Kleine Hochstraße 5 Frankfurt

# Wie man nachdenklich Sprüche klopft

Wahlkampf: „Die heiße Phase beginnt“ und „Lösungen gesucht“, FR-Titel v. 13.1 und -Meinung v. 2.1.

## CDU und CSU sind nicht gut fürs Land

Wie Trump und sein Quasistellvertreter Musk gerade dabei sind, aktiv Unruhe und Konflikte zu schüren bzw. die Welt vollends in die Mülltonne zu stampfen, so stehen auch wir mit der kommenden Wahl vor unsicheren Zeiten. Anstelle von verantwortungsbewussten Entscheidungen und Stabilität stehen uns wieder Parteiengzänk und ideologische Grabenkämpfe bevor.

Die eine Hälfte der Parteien wie CDU, CSU, FDP und AfD stehen mit ihren Ideologien für Rückschritt und Zoff. Sie lehnen Maßnahmen zur Rettung der Erde ab. Die andere Seite mit SPD, Grünen und Linken setzt sich für eine nachhaltige Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und den Frieden ein. Zwei grundsätzlich gegenteilige Zielrichtungen. Natürlich soll jeder die Richtung wählen, von welcher er meint, dass sie seinen Vorstellungen entspricht. Es könnte aber ähnlich laufen wie in den USA, dass die Ausbeuter und Weltzerstörer den Zuschlag bekommen und unser Land weiterhin vermurksen. Auf dem SPD-Parteitag sagte Scholz „Jetzt ist nicht die Zeit für CDU und CSU“. Er bezeichnete sie als Sprücheklopfer.

Conrad Fink, Freiberg a. N.

## Selbstbestätigung im Kreisverkehr

Es ist Wahlkampf: Wahrheit und Relevanz verkümmeln zwischen achtlos liegengelassenen Buch- oder Aktendeckeln, Archiven und Wissen. Redner folgen beim Umrunden ihrer selbstredenden Einfalt nur noch ihrem Rücklicht, Zukunft hat keine Ausfahrt aus diesem Kreisverkehr. Manchmal aber gibt es Ausnahmen aus der „Windhoosenphysik“. Friedrich Merz,



Die Post testet die automatische Versendung von Wahlunterlagen für die Bundestagswahl. DPA

aktueller Kanzlerkandidat der CDU, hat zugegeben, dass er sich jetzt (!) mal „mit den Folgen der aktuellen Wirtschaftspolitik beschäftigt“ habe. Donnerwetter! Immerhin: Er will Kanzler werden!

Wie gut, dass wir in ihm mal einen Nachdenker haben, der aber auch nur zur Selbstbestätigung im Kreis fahren kann. Der Abzweig in die Zukunft ist gemäß Überholverbot des anheimgefallenen Verkehrsministers Wissing (damals noch FDP) und anderen „Kreiselläufern“ jedoch ungewiss, kein verlässliches Signal aus jedweder Großmaultasche resp. Merz!

Heinz-A. Hetschold, Witten

## Die meisten Parteien bieten nichts Neues

Nun kennen wir die Wahlprogramme der Parteien. Bei der FDP nichts Neues: Entlastung der Höher- und Höchstverdiener. Bei der CDU hören wir die Mär vom Entzug der Staatsbürgerschaft. Friedrich Merz sollte mal die einschlägigen Bestimmungen zur Kenntnis nehmen, bevor er solch

einen Unsinn erzählt. Auch die SPD verkündet nichts Neues, sie ist der bekannten Klientel verpflichtet. Das BSW biedert sich Russland in gewohnter Weise an. Sehr durchschaubar. Was will man von Frau Wagenknecht auch anderes erwarten?

Interessant ist das Programm der AfD und besonders die Rede von Frau Weidel. Jeder (ich erspare mir in diesem Zusammenhang das Gendern), der AfD wählt, weiß nun genau, was er inhaltlich wählt. Keine Ausreden mehr von Denzettel etc. Jeder Wähler der AfD ist in meinen Augen ein Gegner unserer Republik, ein Wähler von Feinden unserer Republik, denn alle Aussagen von Frau Weidel schädigen dieses wunderbare Land extrem.

Ich fordere jetzt ein Verbot der AfD, was ich lange Zeit nicht befürwortet habe. Es langt. Wir müssen uns gegen diese Feinde unserer Republik zu Wehr setzen: Mit allen Mitteln! Gutes Wählen.

Reinhard Matthies, Pinneberg

Diskussion: frblog.de/wahl2025

# Wüste Fantasien

Zu: „Donald Trump als ein Vorteil für Europa“, FR-Politik vom 6.1.

Darauf muss man erst mal kommen. Man könnte die schlimmen Äußerungen von Trump als völligen absurd abtun. Das wäre falsch und unverantwortlich. Die wüsten Phantasien dieses Menschen demnächst an der Spitze der US Administration, sind kaum auszuhalten und zudem brandgefährlich! Sie gehen, wie man in meiner westfälischen Heimat sagt „auf keine Kuhhaut“!

Die Forderung oder vielleicht Absicht, mit militärischem Druck Kanada, Grönland und den Panamakanal in amerikanisches Staatsgebiet einzuverleiben, sprengt alles, was es weltweit an politischen Unverschämtheiten bisher gab. Das Mindeste, was an Reaktion erfolgen muss, ist ein internationaler Boykott der Amtseinführung Trumps. Damit könnte ein Zeichen gesetzt werden, dass sich die betroffenen Staaten und die übrige Welt so etwas nicht bieten lassen! Ferner ist internationale Solidarität mit Dänemark, Grönland, Kanada und Panama das Gebot der Stunde!

Erwogen werden sollte auch, dass die betroffenen Staaten ihre diplomatischen Beziehungen zu den Trump-USA abbrechen. Letztlich ist die gegenwärtige und künftige Bundesregierung gefordert, den politische Ton in Richtung Trump zu verschärfen. Was Scholz und Merz bisher an Protest abgeliefert haben, ist nur ein „laues politisches Lüftchen!“ Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil!

Dieter Hooge, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/maga

# Streitereien ohne Ende

Erwiderung auf „Retter des Weltklimas“, FR-Forum vom 10.1.

Ja, natürlich sollen doch erstmal die anderen, dann machen wir (vielleicht) auch was für den Klimaschutz. Es ist ein bisschen so, als säßen wir alle auf einem Ast, sägten fleißig daran und sagen: „Solange der nicht aufhört, höre ich auch nicht auf!“ Beim Klimaschutz ist leider immer noch den wenigsten klar, was dann passieren wird. Sie wollen auch zurück zum Atomstrom, Herr Prosik? Okay, dann schlage ich vor, dass der anfallende Atomwaste in der Nähe Ihres Wohnortes gelagert wird. Haben Sie doch sicher kein Problem mit, oder? Dann sparen wir uns wenigstens die endlosen Streitereien über den geeigneten Ort für ein Endlager. Und falls die nächste Flutkatastrophe zufällig Ihr Haus mitreißt? Pech gehabt, aber für den Wiederaufbau gehen wenigstens keine Arbeitsplätze verloren.

Solange es nichts kostet, sind (fast) alle für Klimaschutz. Wenn damit aber eine Einschränkung verbunden ist, ist es vorbei damit. „Sollen doch die anderen!“ Diese Denkweise ist der Hauptgrund dafür, dass es mit dem Klimaschutz nicht wirklich vorangeht. Harald Reinemer, Bad Vilbel

# Die Verantwortlichen haben versagt

Hanau: „Notruflösung jahrelang nicht umgesetzt“, FR-Region vom 4. Januar

Vielen Dank für diesen Bericht. Dank auch den Opferfamilien und Opfern des rassistischen Terroranschlags in Hanau. Sie leisten wichtige Arbeit für uns alle. Anzuerkennen ist, dass sie sich nicht wütend oder frustriert zurückgezogen haben, trotz aller Trauer und vieler Enttäuschungen. So konnten Missstände aufgeklärt, Fehler erkannt werden. Nur so ist Veränderung möglich.

Es geht nicht nur darum, den noch weit verbreiteten tödlichen Rassismus im Land einzudämmen oder zu überwinden, sondern auch darum, dass Fehler in unserem Sicherheitssystem überwunden werden. Demokratie ist kein Selbstläufer. Nur wenn wir Verwaltungs- und Regierungshandeln hinterfragen, können solche Missstände überwunden werden. Dazu müssen Verwaltung und Politik sich weiter für den Dialog mit uns Bürgern öffnen.

Der Fehler im Sicherheitssystem, der aufgedeckt wurde, betraf alle in Hessen lebenden Menschen lange Zeit. Wir wissen nicht, welche Auswirkungen er hatte. Es ist rückblickend nicht zu verstehen, dass erst nach dem Tod von Vili Viorel Paun der schon 2017 von der Polizei erkannte Fehler im Notrufsystem nicht beseitigt wurde. Der „Red-Button“, der 2017 nicht installiert wurde, hätte für ganz Hessen nur 230 000 Euro gekostet. War das der Landesregierung zu viel Geld?

Noch deutlicher zeigt sich das Versagen der Verantwortlichen, wenn jetzt bekannt wird, dass schon 2004 Hanauer Polizisten die Verbesserung des Notrufs forderten. 2017 führte Volker Bouffier die Landesregierung. Bis 2010 war er hessischer Innenminister. 2006 behinderte er die Arbeit der Mordkommission in Kassel bei der Aufklärung des ras-

istisch motivierten Mordes an Halit Yozgat. Wurden 230 000 Euro nicht in die Sicherheit aller investiert, weil man meinte, die Sündenböcke, die Migranten, mit ständiger Kontrolle im Griff zu haben?

Schon 1999 wusste die CDU, wie man die Emotionen der Wähler manipulieren kann. Sie machte Wahlkampf auf dem Rücken der Migranten, wettete gegen die doppelte Staatsbürgerschaft und gewann mit dieser Hetze die Wahl. Jetzt wird im Bundestagswahlkampf von CDU/CSU wieder diese Karte gezogen. Ob dies zum Wahlsieg hilft? Oder durchschauen wir Wähler das Sündenbockspiel diesmal? Fremdenfeindlichkeit schüren verbessert nichts, im Gegenteil: Es zerstört unsere Gesellschaft. Aber dennoch, die gute Nachricht des Berichtes ist: Veränderung zum Besseren ist möglich.

Willi Hausmann, Hanau